

Antrag

Fraktion der CDU

Hannover, den 10.03.2015

Nicht zuschauen - machen - Landesregierung muss bei der Energiewende endlich handeln!

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Die SuedLink-Trasse ist ein zentrales Projekt der Energiewende. Es ist unstrittig, dass Niedersachsen als Windland die Leitung braucht, um von der Energiewende zu profitieren. Klar ist aber auch, dass die Trasse viele Menschen in ihrem direkten Wohnumfeld betrifft. Die nötige Akzeptanz kann deshalb nur erreicht werden, wenn die Betroffenen zu der Überzeugung gelangen, dass der endgültige Korridor auch der optimale ist und nicht der, an dem die Bewohner sich am wenigsten gewehrt haben oder der, in dem zufällig kein einflussreicher Politiker seinen Wahlkreis hat.

Einen Beitrag zur Verbesserung der Akzeptanz des Netzausbaus kann auch der Bau von Erdkabelleitungen leisten. Diese werden bisher nur auf einigen Pilotstrecken zugelassen und auch nur dann, wenn sich die Freileitung zu nah an eine Wohnbebauung annähern würde. Argumente, die heute noch gegen den verstärkten Einsatz von Erdverkabelungen sprechen, sind z. B. der enorme Eingriff in den Boden, die spätere Nutzungseinschränkung, die hohen Kosten und die aufwendigere Wartung. Es zeigt sich jedoch, dass es in der Wissenschaft vielsprechende Ansätze gibt, um die genannten Nachteile erheblich zu minimieren. Dazu gehört u. a. die Erdverkabelung auf Mineralgussbasis. Mit dieser Technik lässt sich sowohl ein gesichertes als auch ein umweltverträgliches Stromversorgungssystem in der Bundesrepublik Deutschland aufbauen. Um es in der gebotenen Schnelligkeit zur Marktreife zu bringen, wird mit einem Finanzbedarf in Höhe von etwa 3 bis 5 Millionen Euro kalkuliert.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. für die nötige Transparenz beim Netzausbau zu sorgen,
2. sicherzustellen, dass nicht sachfremde Gründe über den endgültigen Trassenverlauf entscheiden,
3. im Niedersächsischen Enteignungsgesetz ein Verfahren für faire und angemessene Entschädigungszahlungen für betroffene Grundstückseigentümer aufzunehmen,
4. die niedersächsischen Hochschulen mit einem Landesprogramm zur Forschungsförderung zu unterstützen, um alternative Erdverkabelungstechniken so schnell wie möglich zu einer Marktreife zu bringen, damit diese ihren erheblichen Nutzen zur Akzeptanzverbesserung frühzeitig entfalten können.

Begründung

Die Landesregierung hat die Chance vertan, an der Herstellung des notwendigen Vertrauens mitzuarbeiten. Noch im Februar 2014 titelte die *Hannoversche Allgemeine Zeitung*: „Land erwägt eigenen Trassenverlauf“. In dem Artikel über einen möglichen eigenen Trassenvorschlag des Landes wird der zuständige Referatsleiter im Umweltministerium mit folgenden Worten zitiert: „Die Chance dazu haben wir, und es wird geprüft, ob sie wahrgenommen werden soll“.

Offensichtlich hat sich die Landesregierung dagegen entschieden. Ein entsprechender Entschließungsantrag im Landtag, der die Landesregierung aufforderte, einen eigenen Planungsvorschlag zu machen, wurde abgelehnt.

Dennoch hat sich die Landesregierung in den Trassenverlauf eingemischt, wie aus einem Schreiben der Landesregierung an die Firma TenneT vom 17.04.2014 hervorgeht. Darin heißt es: „Bei der weiteren Prüfung des Trassenkorridorvorschlags und der Alternativen darf aus Sicht des Landes Niedersachsen insbesondere der westliche Trassenkorridor (Segmente 7, 11, 17, 23A) nicht zu frühzeitig außer Betracht gelassen werden, weil aus raumordnerischer Sicht noch nicht abschließend erkennbar ist, dass diese Alternative weniger geeignet ist als der Trassenkorridorvorschlag“.

Der Landesregierung ist es bisher nicht gelungen, die Energiewende in Niedersachsen voranzubringen. Sie sollte dieses Manko schleunigst ausgleichen, um sich jetzt intensiv um die Erforschung alternativer Erdkabeltechniken zu bemühen. Anstatt die Klima- und Energieagentur zu finanzieren, wäre das Geld in der Forschung wesentlich besser angelegt.

Björn Thümler
Fraktionsvorsitzender